

Vermittler im Fokus

VON JAN-FELIX JASCH

Menschen reden durcheinander. Am Ausgang des Flugzeuges stehen fünf Abgeordnete des EU-Parlamentes, darunter die Schwedin Jytte Guteland. Die Tür ist geöffnet, aussteigen dürfen sie trotzdem nicht, das macht der Mann mit Schnurrbart und Sonnenbrille durch eine unmissverständliche Handbewegung klar. Der Vorfall – festgehalten von Guteland in einem Twitter-Video – ereignete sich am 27. Oktober in der Westsahara: Marokkanische Militärs haben den fünf Parlamentariern die Einreise verweigert. Den zwei schwedischen und drei spanischen Parlamentariern wurde gesagt, sie seien eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit, berichtete Guteland. Sie mussten nach Europa zurückfliegen. Die Abgeordneten waren nach El Aaiún, Hauptstadt der Westsahara, geflogen, um sich ein Bild der Lage vor Ort zu machen. Guteland, Leiterin der Arbeitsgruppe Westsahara im EU-Parlament, kündigte in einem Interview mit dem internationalen Netzwerk Western Sahara Resource Watch an, den marokkanischen Botschafter im EU-Parlament einzubestellen und eine Erklärung für den Vorfall einzufordern.

Deutschland erkennt das Land nicht an

Seit mehr als 40 Jahren ist die Situation der ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara ungeklärt. Zwar zog Spanien in den 1970er-Jahren ab, diese Gelegenheit nutzte jedoch das Königreich Marokko, um in das Gebiet einzumarschieren und es zu besetzen. 1976 rief die „Volksfront zur Befreiung von Sagüa el Hamra und Río de Oro“, kurz Frente Polisario, die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) aus. Die Republik ist von 34 Staaten weltweit anerkannt, Deutschland ist nicht darunter. Die DARS ist Mitglied der Afrikanischen Union (AU).

Mittlerweile ist die Westsahara durch einen 2700 Kilometer langen Wall getrennt: im Westen der von Marokko besetzte Teil und im Osten die Demokratische Arabische Republik Sahara. Nach der Einigung auf einen Waffenstillstand sollte Anfang der 1990er-Jahre ein Referendum über die Zukunft der Westsahara unter Aufsicht der Vereinten Nationen stattfinden. Das wird bisher jedoch erfolgreich von Marokko verhindert.

Seit Beginn des Konflikts setzen sich auch Menschen aus Bremen für die Belange der Westsahara ein. Der ehemalige Senatsrat und Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit, Gunther Hilliges, unterstützt die Sahrauis – die Einwohner der Westsahara – bei ihrem Streben nach Unabhängigkeit. Vor vier Jahren hat er den Verein Freiheit für die Westsahara mitgegründet. „Wir kämpfen dafür, dass die Sahrauis endlich ihre Zukunft selbst bestimmen können“, sagt er. Er blickt optimistisch nach vorne: „Durch die Ernennung des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zum UN-Sonderbeauftragten kommt Schwung in die Sache.“ Köhler ist im August für den Posten ausgewählt worden. Er gilt als Afrika-Kenner und bringt darüber hinaus mehr als 35 Jahre Erfahrung in Regierungsfragen mit.



Auf dem Flughafen des Flüchtlingslagers Tindouf in Algerien gedenken junge Männer des verstorbenen Präsidenten der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, Mohamed Abdelaziz.

FOTO: DPA

Ulrich Delius, Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker, ist weniger optimistisch als Hilliges. „Köhler steht vor einer extrem festgefahrenen Situation“, sagt er. Der ehemalige Bundespräsident werde genau beobachtet und könne sich keine Fehler erlauben, will er die Parteien wieder zum Verhandeln bringen. Im Oktober reiste Köhler zu Vermittlungsgesprächen nach Marokko und zur Frente Polisario in die sahrauischen Flüchtlingslager auf algerischem Gebiet, nahe der Grenze. Delius, der auch die

marokkanischen Medienberichte verfolgt, glaubt, dass der ehemalige Bundespräsident peinlich genau beobachtet wird, ob er alle Parteien gleich behandelt.

Im Zentrum der Interessen

„Die Situation ist deshalb so kompliziert, weil es mehrere Interessen gibt“, erklärt Delius. Die Frente Polisario fordert ein Referendum. Marokko hat wirtschaftliche Interessen, und Algerien streitet mit Marokko um die Vorherrschaft in Nordafrika.“ Dazu

kämen Interessen von französischen Eliten, die eng mit dem marokkanischen Königreich verbandelt sind. Daher könne es sich auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nicht erlauben, das Thema anzusprechen. Hilliges sieht in Macron einen Hoffnungsträger. „Er hat sich für die Verbrechen des französischen Kolonialismus in Algerien entschuldigt.“ Hilliges hofft, dass sich das positiv auf den Westsahara-Konflikt auswirkt.

Eine Lösung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Delius beobachtet ein Aufrüsten Marokkos und Algeriens. Außerdem befürchtet er, dass Marokko seine Position im Norden Afrikas nutzen könnte und die Grenze für Flüchtlinge öffnet. Das würde vor allem Spanien erpressbar machen. Auch Marokkos Rückkehr in die AU – das Land war zuvor aus Protest gegen die Aufnahme der Westsahara ausgetreten – sei aus Kalkül erfolgt. „Marokko gibt viel Geld für Entwicklungsprojekte in Afrika aus“, sagt Delius. So versuche das Königreich die anderen Staaten gewissermaßen zu kaufen und auf seine Seite zu ziehen. Auf Anfrage des WE-

SER-KURIER teilte das Büro Köhlers mit, dass sich der Sonderbeauftragte zu diesem Zeitpunkt seiner Vermittlungstätigkeit im Westsahara-Konflikt nicht äußern wolle.



Umstrittenes Gebiet

Die Westsahara liegt an der Atlantikküste Nordwestafrikas, die Fläche ist etwa so groß wie Großbritannien. Nach dem Abzug der spanischen Kolonialmacht wird das Gebiet von Marokko beansprucht, da die Westsahara vor der Kolonialzeit in einem Abhängigkeitsverhältnis gestanden haben soll. Nach Schätzungen leben rund 540.000 Menschen in dem Land. Eine genaue Angabe ist nicht möglich, weil viele der Einwohner in algerischen Flüchtlingslagern oder als Nomaden leben. Nahezu die komplette

Population des Landes ist muslimischen Glaubens. Wesentliche Wirtschaftszweige sind die Fischerei und der Abbau von Bodenschätzen wie Phosphat. Das Vorkommen gilt als eines der größten der Welt. Die gesamte Wirtschaft der westlichen Teile wird mit Steuermitteln aus Marokko subventioniert und im Rahmen der Besiedelung durch Marokkaner kräftig ausgebaut, während der nicht besetzte Ostteil sowie die Flüchtlingslager in Algerien weitgehend von internationaler Unterstützung abhängig sind.

„Die UN versuchen einen Neuansatz“



Volker Kröning

war zwischen 1983 bis 1994 Innen-, Justiz und Finanzsenator Bremens. Bis 2009 saß der 72-Jährige für die SPD im Bundestag. Seit 2010 ist der Jurist als Honorarkonsul Marokkos für Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern tätig.

Herr Kröning, seit 1991 wird der Westsahara ein Referendum über die Zukunft der Region unter Aufsicht der Vereinten Nationen in Aussicht gestellt. Warum blockiert Marokko die Abstimmung seitdem?

Volker Kröning: Die Stimmen in der Bevölkerung und auch in der Weltöffentlichkeit sind höchst divergent. Die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ist von einem Teil von Staaten anerkannt worden, zum Beispiel Algerien. Marokko und Algerien haben zudem wegen des Flüchtlingslagers auf algerischem Boden ein kompliziertes Verhältnis. Die Entscheidung des Vaters des gegenwärtigen Königs, aus der Afrikanischen Union (AU) auszutreten, ist korrigiert worden. Marokko ist in die AU zurückgekehrt. Nicht mit einem einstimmigen Beschluss, sondern per Mehrheit. Die Mehrheit wird immer größer. Und das heißt, das DARS-Projekt verliert zunehmend an Boden.

Trotz des internationalen Rückhalts? Neben Algerien erkennen 33 Staaten die DARS an. Gerade in der AU, die den territorialen Rahmen für das Thema bildet, nimmt der Rückhalt immer mehr ab.

Marokko hat also nichts gegen ein Referendum einzuwenden?

Das habe ich nicht gesagt. Was die Verein-

ten Nationen (UN) anbelangt, ist nur zu sagen, dass sie mit dem jetzigen Generalsekretär und dem neuen Sonderbeauftragten für die Westsahara, dem ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler, einen Neuanfang versuchen.

Marokko hat der Westsahara eine Autonomie in dem Land in Aussicht gestellt. Wie könnte die aussehen?

In der Art einer möglichst autonomen Region. Wir sprechen ja in Deutschland auch von einer Autonomie der Länder. Ich bin ein erklärter Anhänger einer dezentralen Struktur. In einem ähnlichen Sinn versteht sich der marokkanische Ansatz, dem Südtteil des faktischen Marokko eine Autonomie zu gewähren, als Voraussetzung für die rechtliche Einheit des Gesamtstaates. Vielfalt in Einheit.

In der Westsahara leben viele Nomaden, über die Anzahl gibt es nur Schätzungen. Das macht es schwer, ein Sozial- oder Bildungssystem zu etablieren. Wie kann Marokko es trotzdem schaffen, auch die Herausforderungen in der Region mit den eigenen innenpolitischen Anstrengungen zu vereinen? Die marokkanische Politik hat offenbar ein neues Kapitel aufgeschlagen – innenpolitisch wie außenpolitisch. Es ist eine Verbindung von arabischer Politik und Subsahara-, vor allem West-Afrika-Politik. Marokko definiert sich als das Tor Europas nach Afrika und das Tor Afrikas nach Europa. Ganz entscheidend ist dabei, dass Marokko nicht in Glanz und Elend des sogenannten Arabischen Frühlings gezogen werden wollte und werden will. Das, was Marokko schon an Entwicklung, nicht nur ökonomischer und sozialer, sondern auch politischer Entwicklung erreicht hat, steht beispielsweise Algerien noch bevor. Es ist mit Bewegung in der

Regionalpolitik insgesamt zu rechnen – es gibt keinen Politiker auf der Welt, der davon mehr versteht als der Bundespräsident außer Diensten Horst Köhler. Er ist als ausgewiesener Afrika-Kenner anerkannt.

Das Flüchtlingslager Tindouf gibt es seit 40 Jahren. Hätte da nicht schon längst etwas passieren müssen?

Die Palästinenserlager sollten allen eine Warnung sein. Kein Land weiß das besser als Marokko, denn Marokko und Israel haben – neben der engen Beziehung zwischen Marokko und den arabischen Ländern – auch immer engen Kontakt gehabt. Mohammed VI. führt eine aktive Erinnerungs- und Versöhnungspolitik mit den Juden in Marokko. Das sind alles langfristig angelegte Schritte gewesen zur Konstitutionalisierung



Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler, hier wenige Tage vor seinem Rücktritt im Mai 2010, ist mittlerweile UN-Sonderbeauftragter für die Region. FOTO: DPA

des Landes. Das ist mein Begriff, um deutlich zu machen, dass das Land die absolute Monarchie hinter sich hat. Der König kooperiert mit einer wachsenden Zahl von Parteien und mit der Gesellschaft. Daher auch die Betonung der Frauen- und der Jugendpolitik. Es tut sich viel mehr, als die deutsche Öffentlichkeit weiß.

Viele Menschen der jüngeren Generation kennen nur das perspektivlose Leben in dem Lager. Befürchten Sie eine Eskalation oder eine Radikalisierung?

Die Sorge teile ich nicht. Es geht ganz allgemein um Rückführung, wie wir es definieren – doch bisher kaum praktizieren, zumindest nicht in seriösem Rahmen. Diese Menschen verdienen es, nach unseren Standards behandelt zu werden. Das wird be-

sonders für die Jugend in dem Lager gelten müssen. Ich nehme an, dass die Vereinten Nationen dafür auch Deutschland brauchen werden.

Marokko ist im Januar in die AU zurückgekehrt, nachdem es vor 33 Jahren aus Protest gegen den Konflikt ausgetreten war. Besteht die Gefahr, dass es wieder austritt?

Nein. Marokko hat es nicht nötig, einen Schlingerkurs zu fahren. Dagegen werden sich möglicherweise die selbst ernannten Vertreter der Sahrauis neue Ansätze überlegen. Denn das es Menschen sind, die nicht nur Menschenrechte, sondern auch Bürgerrechte in Anspruch stellen wollen und müssen, steht außer Frage. Das gilt nicht nur für die, die in der Westsahara geblieben sind, sondern auch für die Menschen in dem Flüchtlingslager. Ich kann nur dringend appellieren, die Arbeit Horst Köhlers – und der UN zu unterstützen, das heißt, es darf kein Porzellan mehr zerschlagen werden.

Welche Fehler haben die UN gemacht?

Nun, der vorige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und auch der Sondergesandte Christopher Ross waren nicht mehr akzeptabel für Marokko. Das mussten die UN zur Kenntnis nehmen. Mit den beiden neuen – António Guterres und Horst Köhler – ist eine neue Chance entstanden. Die wird sich nicht von heute auf morgen realisieren lassen, das wird viel Zeit brauchen. Militärische und polizeiliche Sicherheit müssen garantiert sein, ohne das läuft mit Marokko nichts. Aber wenn das anerkannt wird von der Völkerrechtsgemeinschaft, dann können bürgerliche und staatliche Chancen für dieses wichtige Land und die ganze Nord-West-Region Afrikas entstehen.

Das Interview führte Jan-Felix Jasch.